

Verkaufsstelle
 ausschließlich mit den Ausgaben
 für Herrn- und Heilung.

Abonnementspreis
 monatl. 80 A., 1/4jährl. 1.80 A.
 postfrei, franco Haus. Durch
 die Post bezogen 1.00 A.

„Die Neue Welt“
 (Unterhaltungsbeilage), durch
 die Post nicht bezogen, kostet
 monatl. 10 A., 1/4jährl. 30 A.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühren
 beträgt für die 5spaltigen
 Zeilen oder deren Raum
 15 A., für Wohnungs-,
 Vereins- und Veranlagungs-
 anzeigen 10 A.

Insertate für die fällige
 Nummer müssen spätestens bis
 vormittags 1/10 Uhr in der
 Expedition aufgegeben sein.

Eintragung in die Ver-
 sehungstabelle unter Nr. 6588.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.
 Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallestadt.

Preis: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 239

Halle a. S., Mittwoch den 12. Oktober 1892.

3. Jahrg.

In der Angelegenheit des Bier-Boykotts

ist noch keine Aenderung eingetreten; die
 halleischen Parteigenossen führen denselben
 unentwegt weiter.

Republikaner, Demokraten und Volks- parteiler in Nordamerika.

Zwei volle Jahrzehnte waren am 22. September seit der Sklavenemanzipation in den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgelaufen. Damals standen sich Demokraten und Republikaner gegenüber, die die demokratische Partei unterlag vor zwanzig Jahren.

Die Namen der beiden hiesigen Parteien des Landes sind beibehalten worden bis auf den heutigen Tag. Man hat ihnen beifolgend nichts zur Sache gesagt, wenigstens vermögen die vorstehenden feineren Aufschluß über den Inhalt der betreffenden Parteibestrebungen zu geben. Diese Namen stammen aus der Zeit vor dem großen nordamerikanischen Bürgerkrieg, in welchem es sich weniger um die Befreiung der Sklaven als um die Erkämpfung und Anerkennung des Lebergenusses der Nordhälfte über die südlichen handelte; die Sklavenemanzipation war eine taktische Maßregel im Kriege, zu welcher der Norden griff, um den Südtropen die farbigen Kämpfer zu entziehen und den Süden so zu schwächen.

Zu jener Zeit erstrebten die Demokraten hauptsächlich den Freizug und die Befreiung gewöhnlicher partikularen Selbständigkeit im ganzen Umkreise der Union. Zum Grunde genommen, war die demokratische Partei eine vornehmlich agrarische, die für die Sklavensücherei in dem größten Maßstabe mit Feuerkraft eintrat.

Die republikanische Partei bildete sich in der Mitte der fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts; sie vertrat in ihrem Programme — ihrer Plattform — die Anerkennung des volkreindlichen Schulzollens und straffe Zentralisation der nordamerikanischen Bundesverwaltung.

Dabei waren im wesentlichen die demokratischen Freizügler und die republikanischen Schulzöllner Großindustrielle, zwei wirtschaftliche Richtungen, von welchen sich bis jetzt eine jede einen mächtigen Anhang im Volke zu sichern verstand.

Niemals verläßt es die beiden einander bekämpfenden Parteien die entscheidenden Gelegenheiten, die Volksmassen und die öffentliche Meinung; mit den traditionellen Mitteln der amerikanischen Macht, mit unverwundeter Redeweise, Pfeifenwerkzeugen, Klugheit, Stumpf, Stumpf, in denen die Leute in volkstümlich sein tollenden Anproben möglichst belogen

werden, mit Bestechung, Schwindel und ungeheuerlichem Raub auf aller Art zu bearbeiten.

Nochmals sei hier betont, daß bei dem Gegensatz der Republikaner und Demokraten in der Zeit vor dem Bürgerkrieg durchaus nicht die Lösung vorhanden war: Die Sklavensücherei, die Sklavensücherei! — Auch die Republikaner waren so profitgierige Kapitalisten, daß sie wegen der Aufhebung der Sklaverei an und für sich nicht einen einzigen Schwertschlag gethan hätten. Viel eher lag ihnen daran, das Fortbestehen der Föderativrepublik zu sichern, und die demokratischen Südstaaten zu zwingen, innerhalb des Bundes — trotz des heftigen Widerstrebens derselben — zu verbleiben.

Der Ausgang des Sezessionskampfes war ein für die Republikaner sehr günstiger, und seitdem bleibten sie bis zum Jahre 1885 in der Ausübung der Herrschaft innerhalb der unionistischen Grenzen.

Man ist unsere Zeit äußerst schnelllebig — und besonders trifft das für Amerika zu. So ist es denn eine Tatsache, daß heute, von verschwundenen Ausnahmen abgesehen, die Streiktruppen, d. h. die alte Fehde vergessen ist. Die beiden Parteien haben sich zu einem leeren Klange geworden, ja, den alten Parteibezeichnungen fehlt jeder vernünftige Sinn.

Heute sind Republikaner und Demokraten nur noch Klauen von gewerksmäßigen Politikern, welche den Bauernfang betreiben, indem sie die Masse der Wähler durch beliebige politische oder wirtschaftliche Schlagworte lockern, um in den Besitz der „Beute“ zu gelangen.

Nach einem Vierteljahrhundert gelang es in der Präsidentenwahl von 1885 zum erstenmal den Demokraten, das Szepter in die Hände zu bekommen und den Republikanern, die die Zeit benutzt hatten, die Korruption und das Beutesystem zur höchsten Ausbildung zu bringen, die Beute abzugeben.

Da nun der demokratische Präsident Cleveland nicht genug auf die Absichten seiner heuchlerischen Kampagne einging und diese sich schwer durch seine Wirksamkeit enttäuscht fühlten, so entging er seiner Niederlage in der Wahl vom Jahre 1889 nicht. Der Republikaner Harrison wurde der Erwählte des „Volkes“.

Harrison wirtschaftete ziemlich wißig darauf los.

Für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen geschah absolut nichts, dagegen wurde ein Denken des Schulzöllnensystems zur Ausführung gebracht. Schon am 6. Oktober 1890 wurden die in den Volkswohlfund einschneidenden Mac Kinley Gesetze veröffentlicht. Die Politik wurde von da an durch den Staat bestimmt. Auch seine auswärtige Politik erwarb ihm keine Freunde. Mit Recht beschuldigte man ihn einer heuchlerischen Liebesangelei mit den panamerikanischen Bestrebungen, welche vorgeben, ein einheitliches Amerika anzustreben; er ließ die unarmbare Handhabung der geistlichen Bestimmungen über die Einwanderung von Chinesen und europäischen „Paupers“ — armen, heillosen Teufeln — kalt lässeln zu; ebenso lächerlich und brutal waren die von ihm gut geheißenen Maßnahmen der

Absperrung gegen die Einschleppung der Cholera in der jüngsten Zeit.

Die Deutschamerikaner verteilen sich so auf beide Parteien, daß der größere Teil zu den Demokraten neigt, auch bei der diesjährigen Präsidentenwahl, die am 6. November entschieden wird, dürfte sich die Richtigkeit dieser Ansicht von neuem bestätigen. Der seit dem „tollen“ Jahre 1848 sehr zum unglück in einem an die Deutschen erlassenen Aufbruch sehr warm für den demokratischen Cleveland ein.

Die Schurz und Konforten sind eben keinen Sch. J. Pulver mehr wert als die eingetragenen demokratischen oder republikanischen Amerikaner — vielleicht noch weniger.

Bei der Präsidentenwahl kommt diesmal auch die „Volkspartei“ in Betracht. Sie hat ihr eigentliches Rückgrat in der mächtigen Organisation der „Mitter der Arbeit“, woran sich noch andere Arbeitervereinigungen zu Wahlführern lehnen. Ein wirkliches sozialistisches Programm oder fest definiertes Ziel, das für die Arbeiter und den Staat ausbeutenden Selbstverleugner. In dem volkstümlichen Programm ist mit Recht hervorzuheben, daß gegen das Raubsystem der großen Eisenbahngesellschaften energisch Front zu machen sei, und daß eine Interessengemeinschaft industrieller und landwirtschaftlicher Arbeiter besteht u. s. w., allein damit ist es nicht getan, wenn nicht eine geschlossene Arbeiterpartei — nur auf die eigene Kraft gestützt — im Sinne des modernen Sozialismus in das Feld rückt.

Von der „Volkspartei“ können wir uns darum bei dem besten Willen nicht allzuweit verheeren. Sie hat den General Weaver als ihren Präsidentschaftskandidaten nominieren.

Allerdings könnte durch das Eingreifen dieser Partei bewirkt werden, daß im November wieder die Demokraten, welche die besten Aussichten haben, noch die Republikaner die ausschlaggebende Mehrheit erlangen, und daß in Folge davon das Repräsentantenhaus den Präsidenten, der Senat aber den Vizepräsidenten mit einfacher Majorität erwählen — besser ernennen — würde.

Schrecklich stehen also die Dinge für die von dem Kapital ausgeplünderten Arbeiter der nordamerikanischen Republik aus; denn gleichviel, ob der Republikaner oder der Demokrat gewählt wird, sie kommen damit auch nicht um Jollésbreite in dem Sumpf der Korruption und großspaltigen Ausbeutung vorwärts.

Der Anfang zur Besserung ist aber auch in Amerika bereits gemacht: 50 sozialdemokratische Zeitungen, darunter die tüchtige und sehr gelese „New-Yorker Volkszeitung“, verweilen die Arbeiter auf den rechten sozialpolitischen Weg und reben ihnen ins Gewissen, daß sie mäßig und selbstständig werden müssen, um der Freiheit würdig zu sein.

Wögen die Früchte dieser Wirksamkeit bald zu tage treten!

Am Weckruf der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in drei Büchern
 von R. Otto Walker.

(In neuer vom Verfasser besetzter Bearbeitung.)

(Nachdruck verboten.)

„So, gewiß, und sie hat mir auch ein Päckchen übergeben, welches ich Ihnen erst einhändigen sollte, wenn der gnädige Herr von Ihnen Abschied genommen hätte. Hier ist das Päckchen.“

Iwan sah, daß die Adresse an ihn lautete, und hiel tapfer schüttelnd wieder nach seinem Zimmer hinauf, wo er die Siegel löste und nun zunächst ein Schreiben an sich vorlas. Es waren die Schriftzüge der Freifrau und sie schrieb in französischer Sprache:

„Der Baron!

Ohne zu wissen, welche Hoffnungen Sie auf Ihr persönliches Erscheinen in St. Petersburg setzen können, und ohne Ihnen jetzt schon das vollständige Resultat meiner neugewonnenen Ansichten mitteilen zu wollen, gestatte ich mir, Ihnen den Rat zu geben, sich auf dem kürzesten Wege nach Ihrem Wohnort in Deutschland zurückzuziehen. Der alte Diener D. B. Waters sowie der Küstiger haben Auftrag, Sie mit dem Schnellsten nach dort zu geleiten. Bei so vermehrten Reisen und Aufmerksamkeiten habe ich Ihnen Bedürfnisse besser gegnügen zu müssen geglaubt, indem ich Ihnen hier eine Summe in bar und Wechsel von zusammen 10000 Mark Silber übermittle. Eine weitere Sendung wird kaum vonnöten sein, da ich selbst mit Olga nach Weihnachten in Deutschland einzutreffen hoffe.

Mit Hochachtung

Waleska,
 Freifrau von Sotolow.“

„Wunderbare Frau,“ murmelte Iwan nachsinnend, „ist es doch, als habe sie gewußt, wie viel oder wie wenig dazu gehören würde, um mich von der Reise nach Petersburg abzuhalten. Möglich, daß sie dies alles nur getan, um größere Nachteile von sich abzuwenden oder Zeit zu gewinnen, aber sie gewährt mir im Augenblicke mehr, als ich verlangen könnte und verpricht für die Zukunft so viel, als ich nur wünschen kann. Ich will mich lieber von ihr lösen lassen, als ihr ein vielleicht ungründliches Mißtrauen zusprechen. Adieu, ihr Gedanken nach Petersburg, ich gehe nach Deutschland zurück.“

10. Kapitel.

Der Streik.

Die noch nicht ganz entschiedenen Resultate der letzten Wahlkämpfe blieben nicht ohne wichtige Folgen für das politische und soziale Leben der Stadt, welche die Hauptscene unserer Geschichte bildet. Jeder Kampf setzt die Kämpfenden auf eine gewisse Stufe der Bewußtlosigkeit ein, die erst dann aufhört, wenn die eine Partei die andere vollständig unterdrückt hat und dann ohne Widerstand beherrscht. So ist es auch mit dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Der Hund, den ich schlüge, ohne daß er nurzen darf, den ich sogar erlösen lassen kann, das Pferd, welches ich unweigerlich zu meinen Diensten zu zwingen vermag, die sind für mich untergeordnete Geschöpfe, die ich verachten kann, wenn ich sie nicht liebe.

Das ist schon nicht so mit dem wilden Eber, der im Stande ist, mir den Leib aufzuhängen, nicht so mit dem wilden Stier, den der spanische Torero mordet und verlost. So steht der Despot nur Geschöpfe, eine Menge von rechtlosen Wesen, die er nur deshalb nicht vernichten würde, weil er es nicht kann oder nicht will, indem er ihrer bedarf. Aber vor der Vernichtung der Einzelnen und ganzer Scharen schreibt er

ebenjowenig zurück wie vor dem Totschlagen einer Fliege. Vor einer Wespe, die ihm einen empfindlichen Stich versetzen und ihm Schmerz verursachen kann, hat er schon mehr Respekt. Was war dem Uebelmann der Bauer in jenen Zeiten, da er ihn als Beieigenen, als Sklaven behandeln durfte? Was ist er ihm jetzt, da er mit ihm die politische Macht in bestimmten Verhältnissen teilt? Was ist der arme Arbeiter, der immer zwischen Leben und Sterben schwankt, für den reichen Fabrikanten, der ihm das tägliche Brot vorentzelen kann, und für dessen Beamte, welche in ihren kurzfristigen Begriffen den Uebelnehmer als den Ernährer des Staates und wohl gar als den des Arbeiters selbst mit ansehen? Viele sonst vernünftige Leute sagen ganz arglos: der Stand der Befehlenden ist der wichtigste Stand. Man denke einmal nach. Wenn die Befehlenden einmal alle ausstürben, was bliebe übrig? Ohne Zweifel der Rest und die große Menge der Hilflosen, welche diesen Rest ebenjowenig vernichten können wie der Erklärer. Sterben aber die Befehlenden aus, dann verlieren die Befehlenden zum großen Teile die Wohlfahrt des Volkes, da niemand da sein würde, der für sie in der bisherigen Weise arbeitet. Von allen solchen Anschauungen bleibt indessen unsere Douglos weit entfernt; sie lebt in ihrer Gedankenwelt wie die Eintagsfliege; das Gemüthsbedürfnisse, das Befehlende des Tages ist ihr göttliche Befehlsordnung, und alle Ansprüche, die vom Standpunkte wahrer Menschlichkeit, ja selbst im Namen ewiger Gerechtigkeit, höherer Sittlichkeit und weiterlebender Vernunft an sie gerichtet werden, erscheinen ihr absurd, phantastisch, unpraktisch. Ihr Grundgesetz ist und bleibt: „Der Mensch, den ich nach Willkür hungern lassen kann, der insolge dessen auf meine Wünsche und Wille achten muß, der ist mein Untergeordneter, ich mag nun von meiner Macht ihm gegenüber Gebrauch machen oder nicht.“

Kann man da leugnen, daß Sklaverei und Beieigenheit, wenn sie auch in ihren grellen und in die Augen stehenden,

